

Nr. 15/1270

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

25. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz
vom 21. März 2003
(Drucksache 15/1418)

Nr. 15/1271

Fragestunde

1. Verordnung von Antibiotika
Anfrage der Abgeordneten Helga Ziegert, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 4. April 2003
2. Finanzielle Zusage von Bundeskanzler Schröder für das Bundesland Bremen
Anfrage des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 8. April 2003
3. Lärmschutz an der A 1 im Abschnitt Arsten/Brinkum
Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 8. April 2003
4. Gesunder Mittagstisch für Schulkinder
Anfrage der Abgeordneten Doris Hoch, Mützelburg, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. April 2003
5. Präventionsarbeit bei Sportveranstaltungen
Anfrage der Abgeordneten Gerling, Knäpper, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 11. April 2003
6. Vermittlungsgutscheine ein voller Erfolg?
Anfrage der Abgeordneten Brigitte Dreyer, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 14. April 2003
7. Juniorprofessuren
Anfrage der Abgeordneten Jäger, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 17. April 2003
8. Pflegenotstand wegen fehlender Zivis?
Anfrage der Abgeordneten Karin Schnakenberg, Karl Uwe Oppermann, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 17. April 2003
9. „Model“-Anzeigen in den örtlichen Zeitungen
Anfrage der Abgeordneten Kleen, Barbara Wulff, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 29. April 2003
10. Situation des Polizeivollzugsdienstes
Anfrage des Abgeordneten Henkel (fraktionslos) vom 2. Mai 2003

11. Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche rechtliche Betreuer
Anfrage der Abgeordneten Pietrzok, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 6. Mai 2003

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 15/1272

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Nr. 15/1273

Entwicklungsperspektiven für Bremen-Nord

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 6. Februar 2003
(Drucksache 15/1370)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 11. März 2003

(Drucksache 15/1407)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/1274

Realisierung der B 74

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 4. April 2003
(Drucksache 15/1453)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Verlängerung der B 74 als prioritäres Projekt zu behandeln und unmittelbar nach Planfeststellung mit der Ausbauplanung zu beginnen sowie die für diese Planung notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass – vor dem Hintergrund der Dringlichkeit des Projektes für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Bremen-Nord – die Finanzierung mit dem Bundesverkehrsminister zügig geklärt wird, zumindest dahingehend, dass auch Mittel aus anderen Bundesländern bzw. anderen Feldern des Bundesverkehrswegeplans in Aussicht gestellt werden, wenn sie bei dort ursprünglich vorgesehenen Projekten nicht abfließen.

Nr. 15/1275

Chancen der International University Bremen (IUB) positiv entwickeln!

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 29. April 2003
(Drucksache 15/1464)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Bereicherung der bremischen Hochschul- und Wissenschaftslandschaft durch die IUB. Die IUB bietet die Möglichkeit, den Ruf des Landes Bremen als innovativen und modernen Wissenschaftsstandort gemeinsam mit der Universität Bremen und den Hochschulen im Lande auszubauen und international bekannt zu machen. Sie bildet einen weiteren wichtigen Baustein bei der Entwicklung Bremens zur „City of Science“.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) bewertet die Chancen der IUB, Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung in Bremen und Bremerhaven zu geben, als ausgesprochen positiv. Sie sieht deshalb auch für die Zukunft die Notwendigkeit der Entwicklung eines Science Parks in räumlicher Nähe zur IUB.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) hält das Gelände nördlich der IUB für besonders geeignet, um die Entwicklung des Science Parks insbesondere mit einem Gründerzentrum zu beginnen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht im Gelände auf dem Oeversberg eine langfristige Optionsmöglichkeit für die Entwicklung der IUB.

Nr. 15/1276

Europäische Dimension der Gesundheitspolitik Chancen und Risiken für Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 20. Februar 2003
(Drucksache 15/1387)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 1. April 2003

(Drucksache 15/1445)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/1277

Chancen abschlussgefährdeter Schülerinnen und Schüler verbessern

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 28. Februar 2003
(Drucksache 15/1393)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 25. März 2003

(Drucksache 15/1432)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/1278

2. Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Häusliche Beziehungsgewalt“ – Umsetzung der im 1. Bericht geplanten Maßnahmen

Mitteilung des Senats vom 4. März 2003
(Drucksache 15/1397)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/1279

Berichtspflicht des Senats zum Präventionskonzept „Häusliche Beziehungsgewalt“

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen
vom 1. April 2003
(Drucksache 15/1449)

1. Der Senat wird gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) im Rhythmus von zwei Jahren über die Weiterentwicklung und Umsetzung des Präventionskonzeptes zu berichten. In den Bericht einzubeziehen sind dabei
 - die in der Stadt Bremerhaven entwickelten Maßnahmen,

- Fortschritte in der Zusammenarbeit zwischen der Polizei, den sozialen Diensten sowie den Frauenhäusern und
 - einzelne Fortbildungsmaßnahmen im Bereich der Kindertagesheime, Schulen, der offenen Jugendarbeit, der Krankenhäuser sowie bei Polizei und Staatsanwaltschaft.
2. Der Senat wird ferner gebeten, eine fachkundige Aktenanalyse in allen angezeigten Fällen häuslicher Gewalt durchzuführen und diese Erkenntnisse ebenfalls in den Bericht mit einzubeziehen.

Nr. 15/1280

Demenzerkrankungen – eine gesellschaftliche und gesundheitspolitische Herausforderung für das Land Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 5. März 2003
(Drucksache 15/1400)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 25. März 2003

(Drucksache 15/1433)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/1281

Wohnen im Seniorenalter

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 5. März 2003
(Drucksache 15/1401)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 25. März 2003

(Drucksache 15/1434)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/1282

Klimaschutz, erneuerbare Energien und Strukturwandel

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. März 2003
(Drucksache 15/1402)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 29. April 2003

(Drucksache 15/1468)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/1283

Potentiale erneuerbarer Energien für mehr Klimaschutz und als Motor des Strukturwandels ausschöpfen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 7. Mai 2003
(Drucksache 15/1475)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/1284

Landesreferenzzinsgesetz (LRZG)

Mitteilung des Senats vom 11. Februar 2003
(Drucksache 15/1373)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz.

Nr. 15/1285

Schaffung einer familienfreundlichen Ferienregelung

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 3. April 2003
(Drucksache 15/1452)

1. Der Senat wird aufgefordert, sich in Abstimmung mit Niedersachsen in der Kultusministerkonferenz für eine Entzerrung der Ferientermine ab dem Jahr 2005 einzusetzen. Eckpunkte einer Sommerferienregelung sollen sein:
 - Die Bandbreite der Sommerferien über alle Länder hinweg soll wenigstens 80 Tage betragen und auf den Zeitraum von Ende Juni bis Mitte September eines Jahres ausgedehnt werden.
 - Die Ferienordnung soll sicherstellen, dass sich die touristische Nachfrage möglichst gleichmäßig auf diese Bandbreite verteilt und eine Zusammenballung im Juli/August vermieden wird.
 - Bei der Verteilung der Ferientermine soll eine gleichmäßige Auslastung der Fremdenverkehrsziele in Deutschland angestrebt werden. Insbesondere sollen mehrwöchige Überschneidungen der Ferientermine der Länder Bremen und Niedersachsen mit Hessen und Nordrhein-Westfalen vermieden werden, um eine gleichmäßigere Auslastung der Ferienregionen zu erreichen.
2. Der Senat wird weiterhin aufgefordert, eine Abfrage der Schulkonferenzen durchzuführen, um zu ermitteln, ob es einen mehrheitlichen Bedarf für die Einführung von Winterferien im Land Bremen gibt. Durch die Einführung solcher Winterferien dürfte die Gesamtdauer der Ferien pro Jahr nicht ausgedehnt werden. Bei der Entscheidung über eine solche Ferienoption ist Übereinstimmung mit der niedersächsischen Ferienregelung zu erreichen.

Nr. 15/1286

Menschenhandel und Zwangsprostitution konsequent bekämpfen – Verbrechensgewinne abschöpfen – Opfer kompetent beraten

Mitteilung des Senats vom 8. April 2003
(Drucksache 15/1455)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/1287

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 60 vom 22. April 2003

(Drucksache 15/1458)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/1288

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 61 vom 29. April 2003

(Drucksache 15/1462)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/1289

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 62 vom 6. Mai 2003

(Drucksache 15/1474)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/1290

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Finanzierung von Wählervereinigungen

Antrag des Vorstands
vom 29. April 2003
(Drucksache 15/1465)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz.

Nr. 15/1291

Drittes Gesetz zur Änderung des Bremischen Krankenhausfinanzierungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 29. April 2003
(Drucksache 15/1466)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz.

Nr. 15/1292

Gesetz zur Errichtung der Stiftung zur Förderung des künstlerischen Nachwuchses (BremKüNG)

Mitteilung des Senats vom 29. April 2003
(Drucksache 15/1467)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz.

Nr. 15/1293

Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung in Deutschland

Mitteilung des Senats vom 6. Mai 2003
(Drucksache 15/1476)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/1294

Gesetz zur Neuordnung der bremischen Juristenausbildung

Mitteilung des Senats vom 14. Januar 2003

(Drucksache 15/1343)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung mit Änderungen (Drucksache 15/1479).

Nr. 15/1295

Gesetz zur Neuordnung der bremischen Juristenausbildung

Bericht und Änderungsantrag des Rechtsausschusses

vom 7. Mai 2003

(Drucksache 15/1479)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu. Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechtsausschusses Kenntnis.

Nr. 15/1296

Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Land) für das Haushaltsjahr 2001

Mitteilung des Senats vom 3. Dezember 2002

(Drucksache 15/1314)

Die Bürgerschaft (Landtag) erteilt dem Senat aufgrund des § 114 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung Entlastung.

Nr. 15/1297

Jahresbericht 2003 über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung und der Haushaltsrechnung 2001 der Freien Hansestadt Bremen (Land) des Rechnungshofs

vom 13. Februar 2003

(Drucksache 15/1380)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Jahresbericht 2003 des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen (Land) über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung und der Haushaltsrechnung 2001 Kenntnis.

Nr. 15/1298

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Land) für das Jahr 2001 (Mitteilung des Senats vom 3. Dezember 2002 – Drs. 15/1314) und zum Jahresbericht 2003 des Rechnungshofs vom 13. Februar 2003 (Drs. 15/1380)

vom 8. Mai 2003

(Drucksache 15/1480)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen im Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

Nr. 15/1299

**Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Gewerbeflächen des Landes
Bremen (BremSVGewerbeG)**

Mitteilung des Senats vom 13. Mai 2003
(Drucksache 15/1482)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz.